

20. MÄRZ 1964

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/60

Bonn, den 26. März 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

- 2 Weht ein neuer Wind aus dem Osten ? 79

Tiefpunkt in den deutsch-sowjetischen Beziehungen

Von Franz Barsig

3 Kriegsopferversorgung 44

Rechtsanspruch statt Bedürftigkeitsprinzip

4 Angebrachte Skepsis 42

In Erwartung des neuen Kultusministers
von Schleswig-Holstein

5 Endlich ein Anfang zur Befriedung auf Zypern ? 43

Vermittlerrolle Finnlands
Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Chefredakteur Günter Markscheffel

Weht ein neuer Wind aus dem Osten ?

Tiefpunkt in den deutsch-sowjetischen Beziehungen

Von Franz Barsig

Die Stimmen mehren sich, die davon sprechen, daß die deutsch-sowjetischen Beziehungen einen neuen Tiefpunkt entgegenreiben. In der sowjetischen Presse wird wieder scharf gegen die Politik der Bundesregierung polemisiert, auf der staatlichen Ebene gibt man sich Noten zurück, und die jüngsten sowjetischen Angriffe gegen die Re-patriierungsabteilung der deutschen Botschaft in Moskau fügen sich in dieses Bild ein.

Ein großer Teil der sowjetischen Beschuldigungen kann nicht hin-genommen werden. So wird es zum Beispiel keine Partei in der Bundes-republik geben, die etwa nicht den Standpunkt vertritt, daß bei einer zur Debatte stehenden Verlängerung des deutsch-sowjetischen Kultur-abkommens Berlin einbezogen werden muß, selbst wenn Moskau das dann als "Kriegstreiberei" und "revanchistisches Denken" bezeichnet. Im Gegenteil, die SPD würde die Bundesregierung sofort kritisieren, wenn sie auf diesem Gebiet oder etwa in Wirtschaftsfragen Positionen in Frage stellen oder preisgeben würde.

Ein unverzeihlicher Fehler

Auf der anderen Seite hat die Bundesregierung den Fehler be-gangen, eine an den Ministerpräsidenten der Sowjetunion, Chruschtschow, gerichtete Note durch Amtshoten und Lieferwagen an der Kremi-Wache abgeben zu lassen. Das nachträgliche Bedauern von Bundeskanzler Erhard nützt hier wenig, ganz abgesehen davon, daß immer noch nicht aufge-klärt ist, ob für dieses Verfahren nicht eine direkte Weisung des Auswärtigen Amtes in Bonn vorlag. So hat man Moskau einen vielleicht gern wahrgenommenen Vorwand für eine Politik der Nadelstiche, wie wir sie in den letzten Tagen und Wochen erleben, geliefert.

Manche, die die schärfere Gangart des Kremi gegenüber der Bun-desrepublik analysieren, meinen, daß die Schonfrist für Bundeskanz-ler Erhard von seiten Moskaus abgelaufen sei, die Sowjets enttäuscht über Erhard wären, weil er die bisherige Aussenpolitik gegenüber der Sowjetunion fortführt und daß Moskau deshalb propagandistisch wie-der volle Breitseiten abschießt. Diese Betrachtungsweise ist ober-flächlich, denn so einfach macht es sich Moskau nur wieder nicht.

Ziel: Isolierung der Bundesrepublik

Das Ziel der sowjetischen Aussenpolitik ist offenbar ein ganz anderes, nämlich die Bundesrepublik zu isolieren, sie bei ihren Ver-bündeten in Mißkredit zu bringen und als den großen Störenfried er-scheinen zu lassen.

Die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen sind nicht spannungs-frei, aber letztlich gibt es zwischen diesen beiden Staaten ein Ge-sprächsklima, das zwar nicht zu Hoffnungsträumen berechtigt, aber

nächste Schritte auf dem Wege zur Abrüstung nicht unmöglich erscheinen läßt. Die sowjetisch-französischen Beziehungen haben sich in den letzten Monaten wesentlich verbessert, wobei die Motive auf beiden Seiten für die Bundesrepublik nicht die besten zu sein brauchen. Die sowjetisch-italienischen Beziehungen sind normal bis gut, hinzu kommt eine Umstrukturierung der sowjetischen Handelsbeziehungen, die ebenfalls darauf hindeutet, daß man eine Normalisierung mit vielen Staaten anstrebt, die Bundesrepublik dabei aber ausspart. Letztlich darf nicht übersehen werden, daß die sowjetisch-britischen Beziehungen immer ein Faktor in der Entspannungspolitik gewesen sind.

Sich nur passiv verhalten?

Es wäre leichtsinnig, diesen Wetterwechsel zu übersehen, und es wäre noch leichtsinniger, sich nur passiv zu verhalten. Die Bundesrepublik kann dabei selbstverständlich nicht Zugeständnisse machen, die die Position Berlins gefährden würden, noch kann sie ihre Rechtsansprüche für Deutschland als Ganzes aufgeben. Wovor sie sich aber heute mehr denn je hüten muß, ist, als Gegner der Entspannungspolitik zu erscheinen. Man wird es sich nicht noch einmal ungestraft leisten können, das Teststopp-Abkommen so zu behandeln, als wenn seine Verwirklichung einzig und allein von deutscher Gnade oder Ungnade abhinge. Aktive Beiträge in Fragen der Abrüstung auf der Basis der Gleichwertigkeit, Gleichzeitigkeit und Kontrolle von deutscher Seite sind heute nötiger denn je. Die verstaubte Formel, die Bundesrepublik werde sich jeder Abrüstungsvereinbarung der großen Mächte anschließen, reicht einfach nicht mehr aus, um der sowjetischen Isolierungstaktik zu begegnen.

Gerüchte über ein Gespräch Chruschtschow - Erhard

Bleibe eine letzte Deutung übrig. Die Sowjets haben nicht selten Beziehungen in die Gefrierzone gebracht, wenn sie nachher um so sichtbarer demonstrieren wollten, daß es auch anders geht. Die vielen Meldungen über ein Gespräch Chruschtschow - Erhard lassen jedenfalls nachhaken. Ob die Sowjets an einem solchen Gespräch interessiert sind und ob sie es mit Kälte- oder Wärmegraden vorbereiten, ist ihre Sache.

Die Bundesregierung sollte, wenn es hier diplomatische Vorbereitungen gibt, nicht über taktieren. Ein Besuch eines deutschen Regierungschefs in Moskau ist nun einmal eine Sache, die nicht allein im Schoße der Bundesregierung vorbesprochen werden kann. Die erste Reise Adenauers nach Moskau war ein Beispiel, daß auf diesem Gebiet Zusammenarbeit von Nutzen ist.

Niemand kann sagen, ob es zur Zeit nur um Gerüchte oder um mehr geht. In der Politik ist es aber manchmal schon nützlich, selbst Gerüchten auf den Grund zu gehen.

Kriegsopferversorgung

Rechtsanspruch statt Bedürftigkeitsprinzip

G. H. - Das Zweite Änderungsgesetz zur Kriegsopferversorgung, um dessen Inhalt zwischen Bundesregierung, Bundestag und den Kriegsopferverbänden ("Marsch auf Bonn") viele Monate lang heftig gerungen wurde, brachte zwar einige Verbesserungen, im wesentlichen aber doch nur eine bescheidene Anpassung an das gestiegene Preisgefüge. Von einer "dynamisierten" Rente nach dem Muster der gesetzlichen Rentenversicherung war bei den Beratungen überhaupt keine Rede, und auch die Witwen- und Waisenbeihilfen wurden nur unwesentlich verbessert, insofern nämlich, als der Kreis der Berechtigten um die Schwerversehrten mit einer Erwerbsminderung von 70 v.H. erweitert wurde. Nach wie vor kann den Hinterbliebenen eines Beschädigten mit einer Erwerbsminderung von 70 und mehr v.H., der nicht an den Folgen einer Schädigung gestorben ist, eine Witwen- bzw. Waisenbeihilfe gewährt werden. Diese Hinterbliebenen können im Gegensatz zu den Hinterbliebenen eines Beschädigten, der bis zu seinem Tode die Rente eines Erwerbsunfähigen oder Pflegezulage bezogen hat (hier besteht ein Rechtsanspruch) eine Versorgung nur als Kannleistung erhalten. Die Verwaltungsbehörde hat "nach ihrem pflichtgemässen Ermessen" zu entscheiden, ob sie bei Erfüllung der übrigen Voraussetzungen eine Versorgung nach "Abwägen aller in Betracht kommenden Umstände" des Einzelfalles die Gewährung einer Beihilfe für angebracht hält.

Jetzt, fast 20 Jahre nach dem zweiten Weltkrieg, und nachdem 1,5 Millionen Kriegsopfer durch "natürlichen Abgang" (Tod bei Waisen Lebensalter) aus der Versorgung ausgeschieden sind, sollte man endlich den Forderungen der Kriegsopfer auf allmählichen Abbau des Bedürftigkeitsprinzips entsprechen. Bei einer 70 und höherprozentigen Erwerbsminderung sind die Gesundheitsschäden in der Regel so schwer, daß sie das ganze Leben des Beschädigten und seiner Familie beeinflussen und zwar auch dann, wenn dieser noch einem Erwerb nachzugehen in der Lage ist. Die Schädigung anderer Körperteile und Organe durch Überanstrengung beim Verlust von Gliedmaßen oder die ständige Einnahme von Schmerzmittel- oder Beruhigungsmitteln, werden in sehr vielen Fällen zu einer Lebensverkürzung führen, die jedoch in den seltensten Fällen nachweisbar ist.

Die Ehefrau eines Schwerbeschädigten wird, auch wenn sie nicht "Pflege" im Sinne des Ministerialerlasses vom 15.8.1961 - V a 2 - 5226 - 5761/61 - ausübte, durch den Ausfall der tätigen Mithilfe ihres beschädigten Ehemanns im Haushalt selten in der Lage sein, noch einer Beschäftigung nachzugehen. Beim Tode des Ernährers ist sie nach der bisher geltenden Regelung gezwungen, ihre sozialen Verhältnisse bis ins Kleinste zu offenbaren.

Beim Charakter der Kriegsopferversorgung als Schadensersatzleistung der Öffentlichkeit (des Staates) gegenüber dem einzelnen Geschädigten ist dies jedoch nicht länger zumutbar.

Angebrachte Skepsis

In Erwartung des neuen Kultusministers
von Schleswig-Holstein

Ki - Kiel

Am 6. April soll der bisherige Landtagspräsident Klaus-Joachim von Heydebreck (CDU) als neuer Kultusminister in sein Amt eingeführt werden. Nicht nur, weil von Heydebreck Strafverteidiger ist, wird bezweifelt, ob er seinen hochangesehenen und so unglücklich ums Leben gekommenen Parteifreund und Vorgänger Edo Osterloh vollwertig ersetzen kann. Osterloh war ein liberaler Mann, während von Heydebreck seit langem für sein enges Denken bekannt ist. Auch von Heydebrecks merkwürdige Einstellung zu den Aufgaben eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die skandalösen Mitwisserschaften im Fall Heyde-Sawade klären sollte, ist noch in allzu guter Erinnerung. Von Heydebreck erklärte damals im Landtag:

"Aber versetzen Sie sich einmal in die Lage eines Richters, der jetzt nach 15 Jahren feststellen soll, ob sich der betreffende Angeklagte in dem Augenblick, als er einen zugegebenermaßen rechtswidrigen Befehl ausführte, im sogenannten Befehlsnotstand befunden hat. Das heißt, ob er riskieren mußte, daß es ihm selbst ans Leben gegangen wäre, wenn er einen Befehl verweigert hätte."

Bei dieser Argumentation übersah von Heydebreck offenbar die bisherige Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs. Danach liegt nämlich ein objektiver Befehlsnotstand nicht vor, weil bisher nirgends bekannt geworden ist, daß jemand die Weigerung zur Teilnahme an einer Judenexekution oder Massenerschießung anderer Art mit dem Leben bezahlen mußte.

Vor dem Verein Christlicher Junger Männer in Kiel erweckte von Heydebreck in einem Vortrag den Eindruck, als wolle er ein Plädoyer für den früheren SS-Obersturmführer Graals halten, der wegen Massenerschießungen von Juden angeklagt war. Im Verlauf des Graals-Prozesses hatten die Staatsanwälte Bauer und Kleiner aus Protest gegen die Verhandlungsführung des Amtsgerichtsrats Jensen den Gerichtssaal verlassen. Bei dieser Gelegenheit befürwortete von Heydebreck eine Generalamnestie für sogenannte Befehlsverbrecher in der nationalsozialistischen Zeit und meinte, es sei eine "gefährliche Verwischung rechtsstaatslicher und politischer Gesichtspunkte, wenn die gegenwärtigen Prozesse stattfinden müßten, um dem Ausland die Aufrichtigkeit der Bundesrepublik in der Bewältigung einer grausigen Vergangenheit zu beweisen". Zum Glück hatten die Staatsanwälte Bauer und Kleiner kurz darauf Gelegenheit, vor dem gleichen Zuhörerkreis die Auffassungen von Heydebrecks in das rechte Licht zu rücken.

Alle diese Vorgänge um Herrn von Heydebreck haben in Kiel die Frage aufkommen lassen, ob der zum Kultusminister ernannte frühere Landtagspräsident ebenso wie sein Vorgänger energisch durchgreifen würde, falls wieder einmal ein Studienrat Stielau die Geschmacklosigkeit haben würde, das Ansehen einer Anne Frank zu schmähern.

Endlich ein Anfang zur Befriedung auf Zypern ?

Vermittlerrolle Finnlands

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Die Entwicklung des Zypern-Konflikts zeichnet sich jetzt dadurch aus, daß ein Vermittler gefunden wurde, der die Zustimmung aller Beteiligten erhalten hat: der finnische Botschafter in Stockholm, Sakari Tuomioja. Seine nicht beneidenswerte Aufgabe wird es sein, einen Interessenausgleich zu versuchen. Allerdings dürften diese Bemühungen dadurch etwas erleichtert werden, daß die UNO-Friedenstruppe in der nächsten Zeit für Ruhe und Ordnung auf der Mittelmeerinsel sorgen soll. Nach Meinung politischer Beobachter in Nikosia kann ein stilles Zusammenwirken beider UNO-Organen in weitaus bedeutenderem Maße zu einer friedlichen Lösung des Konflikts beitragen als die "fiebrhafte diplomatische Aktivität" in London und anderen westlichen Metropolen, die bisher keine nennenswerten Erfolge zeitigen konnte.

Die Thronrede des neuen griechischen Königs anlässlich seiner offiziellen Vereidigung vor dem Parlament in Athen, gibt ebenfalls Anlaß zu einigen Hoffnungen. Der König befaßte sich ausführlich mit der Zypern-Frage und betonte, Griechenland und die Türkei seien gleichermaßen an dem Bestehen der bisherigen freundschaftlichen Beziehungen interessiert. Allerdings müßten beide Seiten einsehen, daß sich die Zypern-Verträge von Zürich und London während der vergangenen fünf Jahre als nicht praktikabel herausgestellt und die Inselrepublik in eine Sackgasse geführt hätten. Es sei daher notwendig, mit friedlichen Mitteln eine neue politische Formel zu finden. Der König begrüßte den Aufbau der internationalen Friedenstruppe und die bevorstehende Nominierung eines Vermittlers.

Die Athener Presse betont in ihren Berichten über die Thronrede, die Erörterung des Zypern-Problems gelegentlich dieses offiziellen Anlasses zeige, daß man in Griechenland mit dem festen Willen an eine Lösung der Frage herangehe, nur mit friedlichen Mitteln ein geordnetes Leben auf der Insel wieder herzustellen, andererseits aber entschlossen sei, die Verträge von Zürich und London zu revidieren. In der Tat befließigt sich die Regierung Papandreu einer beherrschten, aber entschlossenen Haltung angesichts der ständigen Invasions-Drohungen der Türken, die ob ihrer dauernden Wiederholung schon nicht mehr recht ernst genommen werden.

Noch ist es weit bis zu einer endgültigen Beilegung des Konflikts. In der Türkei hat man wegen inkompatibler und wirtschaftlicher Schwierigkeiten die Zypern-Frage zu einer Frage des internationalen Prestiges hochgespielt und inöft, der persönlich einer raschen und vernünftigen Lösung zugeneigt wäre, hat gegenüber den Militärs nur einen begrenzten Handlungsspielraum.

Immerhin aber scheint sich nunmehr - zum ersten Mal seit den vergangenen drei Monaten - der Anfang zu einer Normalisierung der Zustände auf Zypern abzuzeichnen. Und das ist zweifellos zu begrüßen.